

Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **104 (2007)**

Heft 3

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>



Löst der Griff zum Joint psychische Krankheiten aus?

Bild: pixsil

Mehr Psychosen durch Cannabis?

Gemäss einer neuen Studie sind in den 90er-Jahren unerwartet viele Männer zwischen 15 und 24 Jahren an einer Schizophrenie oder einer anderen Psychose erkrankt. Zu diesem Schluss kommt ein Forscherteam der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Die Wissenschaftler hatten das Kantonale Psychiatrie-Register ausgewertet.

Bei den 15- bis 19-Jährigen verdreifachten sich die psychotischen Erkrankungen, bei den 20- bis 24-Jährigen verdoppelten sie sich. Als wahrscheinlichsten Grund dafür nennt Wulf Rössler, Leiter der Forschungsgruppe «Public Mental Health», den Cannabiskonsum. Dieser stieg, vor allem unter jungen Männern, etwa zeitgleich mit den Krankheitsfällen an. Rössler spricht sich deshalb dafür aus, «den Zugang zu beschränken», egal, ob es sich um Alkohol, Tabak oder Cannabis handle.

Einen abschliessenden Beweis liefert die Studie – wie etliche andere, die in dieselbe Richtung deuten – jedoch nicht. Weitere

mögliche Gründe für die Häufung könnten geänderte diagnostische Kriterien oder aber ein verstärktes Augenmerk auf die Früherkennung der Erkrankung sein. (Quelle: TA)

ALV-Sanierung vertagt

Die Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) wird später angepackt als geplant. Ursprünglich wollte Bundesrätin Doris Leuthard bereits im Sommer einen Entwurf

für eine Gesetzesrevision vorlegen. Nun ist klar, dass die Revision erst für November geplant ist. Zwar werden offiziell «zusätzliche technische Abklärungen» als Grund für die zeitliche Verzögerung genannt. In der Direktion für Arbeit des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) macht man jedoch kein Geheimnis daraus, dass vorab politische und konjunkturelle Gründe für die Aufschiebung verantwortlich sind. Angesichts der sinkenden Arbeitslosenzahlen ist die ALV nicht sofort auf zusätzliche Mittel angewiesen. Die geplanten Leistungskürzungen, kombiniert mit einer Anhebung der Lohnbeiträge, sollen nicht als Munition für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt werden. (Quelle: NZZ)

Basel: Erstausbildung für Alleinerziehende

In der Stadt Basel leben rund 130 alleinerziehende Mütter zwischen 16 und 25 Jahren, die von der Sozialhilfe abhängig sind und keine Erstausbildung absolviert haben. Diesen Frauen steht neu das Projekt Amie (Alleinerziehende Mütter in Erstausbildung) offen, das spezifisch auf ihre Bedürfnisse eingeht und ihnen den Einstieg in eine Erstausbildung ermöglichen soll. Das Projekt wurde vom Gewerbeverband Basel-Stadt, der Sozialhilfe Basel-Stadt und dem Basler Frauenverein am Heuberg gegründet. Die jungen Frauen wer-



Weniger dringlich: Die Revision der ALV findet erst nach den Wahlen statt.

Bild: Keystone

den von der Sozialhilfe dem Projekt Amie zugewiesen und dort in einem Vorlaufprogramm gezielt auf den Einstieg in eine Erstausbildung vorbereitet. Parallel dazu werden Kinderbetreuungsplätze in einem Tagesheim des Basler Frauenvereins organisiert. Danach werden die alleinerziehenden Mütter beim Stellenantritt vom Gewerbeverband Basel-Stadt professionell begleitet und während der Lehrzeit mit einem individuellen Coaching zu einem erfolgreichen Lehrabschluss geführt. (pd)

Weitere Infos: www.kmu-channel.ch

Zürich: Freiwillige gesucht

Für Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nicht selbstverständlich. Pro Infirmis Zürich schafft deshalb zwei neue Angebote und bietet Einsatzmöglichkeiten für Freiwillige, die Menschen mit einer Behinderung unterstützen. Mit dem Angebot Prisma werden Menschen mit Behinderung von einer freiwillig tätigen Person ausser Haus begleitet oder bei Bedarf auch zuhause unterstützt. Mit dem Treuhanddienst wird Hilfe in den Bereichen Administration und Finanzen angeboten. Um eine erfolgreiche Kooperation zwischen Auftraggebern und Freiwilligen zu erreichen, bietet Pro

Infirmis Zürich den Freiwilligen eine solide Einführung, regelmässigen Austausch, klare Vereinbarungen, Spesenentschädigung und Versicherungsschutz. (pd)

Informationsveranstaltung für Interessierte:
13. September 2007, 18.30 bis 20.00 Uhr,
Zentrum Karl der Grosse, Zürich

Freiburg: «Asyl-Mandat» vergeben

Im Kanton Freiburg wird die Aufnahme, Betreuung und Beherbergung von Asylsuchenden ab 2008 durch die ORS Service AG ausgeführt. Dies hat der Staatsrat gestützt auf den Bericht einer Expertenkommission beschlossen. Die neuen gesetzlichen Anforderungen des Bundes bedingten eine Anpassung des kantonalen Konzepts für die Betreuung der Asylsuchenden, heisst es in einem Communiqué der Direktion für Gesundheit und Soziales. Im vergangenen Mai hatte der Kanton das Mandat ausgeschrieben, worauf sich nebst der ORS Service AG auch das Freiburger Rote Kreuz und die Caritas Schweiz beworben haben. Laut Medienmitteilung hat die Offerte der ORS Service AG den zahlreichen Anforderungen des Pflichtenhefts am meisten entsprochen. (pd)

Armutsbetroffene besser vernetzt

Die «Armutskonferenz von unten» und die «Liste 13» aus Basel sowie die «Kabba» (Komitee der Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit Bedrohten, Betroffenen und Ausgesteuerten) aus Bern, haben die Schweizerische Plattform der Armutsbetroffenen Spar gegründet. Ziel dieses Zusammenschlusses ist, dass sich Armutsbetroffene gesamtschweizerisch vernetzen, gemeinsam Aktionen planen und

Pro Infirmis setzt mit zwei neuen Projekten auf Freiwillige, die Menschen mit einer Behinderung im Alltag begleiten.

eine gemeinsame Politik gegen Armut, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit betreiben. Die Spar vertritt die Rechte der Erwerbslosen, Ausgegrenzten und Armutsbetroffenen und betrachtet die Menschenrechte und Menschenwürde als höchste Güter. Sie fordert für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen. (pd)

Weitere Infos: <http://schweizerplattformarmut.blogspot.com>

Zürich: Stadtrat will kompetente Sozialhilfe

Der Zürcher Stadtrat hat sich an mehreren Sitzungen und in einer Klausur mit Fällen von Sozialhilfemissbrauch beschäftigt und ein Grundsatzpapier zur Sozialhilfe verabschiedet. Er bekennt sich darin zu einer professionellen Sozialhilfe, die Menschen in Not hilft und finanzielle Engpässe überbrückt. «Die Sozialhilfe ist ein wichtiger Pfeiler des Sozialstaats Schweiz und der sozialen Sicherung unserer Bevölkerung», heisst es. Gleichzeitig betont der Stadtrat das Prinzip von Leistung und Gegenleistung und stellt klar, dass es sich bei missbräuchlichem Bezug um Betrug handle und dieser geahndet werden müsse. Der Zürcher Stadtrat spricht sich für eine Sozialhilfe mit hoher Qualität und Kompetenz aus, die Arbeitsanreize schafft, Arbeitsleistung belohnt und Missbräuche konsequent verfolgt. Verschiedene Massnahmen wie etwa die Schaffung eines «integrierten und umfassenden Kontrollsystems» sind zurzeit in Planung. Notfalls seien auch Änderungen in den SKOS-Richtlinien und der Sozialhilfegesetzgebung auf Kantons- und Bundesebene anzustreben, schreibt der Stadtrat. (mb)

Zum Grundsatzpapier «Sozialhilfe in der Stadt Zürich: Ein wichtiger Pfeiler der sozialen Sicherheit»: www.stadt-zuerich.ch (Medienmitteilung vom 6. Juli 2007)



Bild: Keystone